

08.06.2011 in Karlsruhe

TOP 8 Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung – Bedeutung für die Region

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

1. Anlass

Die beiden neuen Regierungsparteien haben am 9.05.2011 einen Koalitionsvertrag mit dem Titel „Der Wechsel beginnt.“ beschlossen. Er findet sich im Internet. Darin werden die Eckpunkte der Regierungspolitik für die Jahre 2011 bis 2016 festgelegt. Die Regionalverbände finden in diesem Dokument an vielen Stellen Erwähnung. Die nachfolgende Übersicht führt diese Punkte auf und analysiert, welche Bedeutung diese und verschiedene weitere Punkte für die Region mittlerer Oberrhein besitzen.

2. Sachstand

Die Aufstellung gliedert sich in die Überschrift des entsprechenden Themas nebst Seitenzahl im Vertragstext (), die Position der Vertragspartner (a) und die Positionierung unserer Region (b).

1. Exzellente Forschung (S. 13)

- (a) Dem KIT wird mehr Autonomie verliehen.
- (b) Das KIT ist eine herausragende Institution für unsere Region, für das Land, aber auch weit darüber hinaus. Eine verstärkte Autonomie wird der Entwicklung und internationalen Positionierung des KIT wichtige Impulse verleihen.

2. Öffentliche Verkehrsmittel ausbauen (S. 26)

- (a) Einheitlicher Landestarif bei Fahrten, die über einen Verbund hinausgehen.
- (b) Entspricht der Position, die der Regionalverband bei der gemeinsamen Sitzung mit dem Verband Region Rhein-Neckar am 13.04.2011 eingenommen hat. Die Finanzierungsfrage muss geklärt werden.

3. Rad- und Fußgängerverkehr aufwerten (S. 28)

- (a) Vorschläge des Landesbündnisses ProRad umsetzen.
- (b) Die Regionalverbände haben an dem Bündnis schon bisher konstruktiv mitgewirkt. Das Landesradverkehrsnetz ist unter unserer Federführung in Zusammenarbeit mit den Stadt- und Landkreisen erstellt worden. Es soll das Rückgrat der künftigen Landesförderung bilden.

4. Straßeninfrastruktur erhalten und ausbauen (S. 28)

- (a) Der Straßenneubau wird auf begründete Einzelfälle beschränkt.
- (b) Das Straßennetz in unserer Region steht. Ausbauvorhaben entsprechend den steigenden Verkehrsanforderungen werden weiterhin erforderlich sein. Der noch ausstehende Maßnahmenkatalog des Generalverkehrsplans Baden-Württemberg 2011 wird zeigen, wo die Landesregierung ihre Schwerpunkte setzt. Hier wird sich die Region entsprechend der Beschlüsse in den Verbandsgremien einbringen.

5. Kommunale Verkehrskonzepte unterstützen (S. 29)

- (a) Verringerung des motorisierten Individualverkehrs durch zielgerichtete Landes- und Regionalplanung.
- (b) Die Regionalplanung orientiert die Siedlungsentwicklung an den Entwicklungsachsen. Diese Achsen werden an den ÖV-Linien ausgerichtet. Der Ausbau der Siedlungsentwicklung am mittleren Oberrhein orientiert sich an den Stadtbahnhaltepunkten. Hinzu kommt die Stärkung der Innenstädte durch unser regionales Einzelhandelskonzept. Auch dabei legt der Verband Wert auf eine Verknüpfung mit dem ÖV.

6. Baden-Württembergs Energie – effizient und erneuerbar (S. 34 f.)

- (a) 10 % des Stromverbrauchs soll im Jahr 2020 aus heimischer Windkraft gedeckt werden. Zu diesem Zweck wird das Landesplanungsgesetz geändert. Zudem ist eine Positivkartierung der Potenziale der Wasserkraft vorgesehen.
- (b) Der Planungsausschuss hat die Verwaltung bereits mit der Überarbeitung des Regionalplans 2003 in den Bereichen Wind, Solar, Biomasse beauftragt. Die Potenziale der regenerativen Energien in der Region werden derzeit in einem Gutachten durch die Energieagentur des Landkreises Karlsruhe erhoben und bewertet. Die Kartierung der Wasserkraftpotenziale wird begrüßt, da unsere Region in diesem Energiesegment besondere Vorzüge aufweist.

7. Flächenverbrauch reduzieren – Bodenschutz stärken (S. 38)

- (a) Mit einem Bündel von Maßnahmen sollen bei dem Ziel „Netto-Null“ bis 2016 deutliche Erfolge erzielt werden.
- (b) Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein widmet sich schon seit vielen Jahren intensiv dem Thema Flächen sparen. Daran orientiert sich unser Regionalplan 2003 und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden bei der Ausweisung neuer Baugebiete in den Flächennutzungsplänen. Mit den Aktionen Raum+, Raum+AKTIV und dem FNP-Monitoring hat der Regionalverband wegweisende und viel beachtete Initiativen ergriffen. Das geplante landesweite Baulandkataster kann auf unsere Vorarbeiten zurückgreifen.

8. Naturschutz – die Artenvielfalt bewahren (S. 38 f.)

- (a) Die Errichtung eines Nationalparks wird angestrebt.
- (b) Ein möglicher Standort für den Nationalpark dürfte der Nordschwarzwald sein. Vor der Ausweisung des Großschutzgebietes ist ein konstruktiver Dialog mit den betroffenen Bürgern, Gemeinden, Landkreisen und Regionen erforderlich. Dabei sollen die Chancen und Risiken der Maßnahmen ausgelotet und eine möglichst einvernehmliche Entscheidung angestrebt werden.

9. Naturschutz – die Artenvielfalt bewahren (S. 38 f.)

- (a) Der Generalwildwegeplan (GWP) wird in die Regional- und Verkehrsplanung integriert.
- (b) Der Landschaftsrahmenplan liefert die fachlichen Voraussetzungen für diese Maßnahme. Der GWP wird dort eingearbeitet. Es wird darauf ankommen, die Planungen mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen.

10. Eine neue Planungs- und Beteiligungskultur schaffen (S. 60 f.)

(a) Die Bürger(Innen) werden künftig bei bedeutenden Infrastrukturvorhaben frühzeitig einbezogen. In einem ersten Schritt wird ein Leitfaden für eine neue Planungs- und Beteiligungskultur erarbeitet. Danach soll das Planungsrecht geändert werden.

(b) Die Regionalplanung bietet die Möglichkeit, die Bürger(Innen) frühzeitig in grundlegende planerische Weichenstellungen einzubinden. Bei der Aufstellung des Leitfadens kann deshalb der Sachverband der Regionalverbände genutzt werden.

11. Interkommunale Zusammenarbeit stärken (S. 62)

(a) Die neue Landesregierung setzt auf eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit.

(b) Der Regionalverband hat schon seit langer Zeit auf die Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit hingewiesen. Dabei waren wir an der planerischen Umsetzung herausragender Projekte beteiligt. Zu nennen sind der Baden-Airpark, die Neue Messe Karlsruhe und das interkommunale Industriegebiet in Oberderdingen-Flehing. Im Zuge der demografischen Entwicklung wird die interkommunale Zusammenarbeit bei dem Ausbau der Infrastruktur und bei der Konsolidierung der Siedlungsflächen von großer Bedeutung sein.

12. Regionalverbände bleiben Träger der Planung (S. 62)

(a) Den Regionalverbänden wird das Vertrauen ausgesprochen und die Möglichkeit eröffnet, weitere Zuständigkeiten für öffentliche Aufgaben zu übernehmen. Entwickeln sich zusätzliche Aufgaben, ist an eine Direktwahl der Regionalräte gedacht.

(b) Die Würdigung der Leistung der Regionalverbände und die Offenheit für ihre Planungen wird begrüßt. Die Direktwahl der Regionalräte steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Aufgaben der Verbände. Eine Volkswahl setzt eine verstärkte und dauerhafte öffentliche Wahrnehmung der Verbände und ihrer Aufgaben voraus.

13. Ausschuss der Regionen besser an die Landespolitik anbinden (S. 76)

(a) Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Regionalverbände Sitz und Stimme im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union erhalten.

(b) Mit einer Vertretung in dem Ausschuss wird die Europaorientierung unserer Arbeit gestärkt. Schon heute wirken wir beim Aufbau eines Europas der Regionen an vielen Stellen und in zahlreichen Gremien mit. Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein ist ein Pionier der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und kann deshalb der Entwicklung des Ausschusses der Regionen viele Impulse geben.

3. Position

Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein wird sich weiterhin für die Interessen seiner Region einsetzen und die Möglichkeiten, die sich durch den Koalitionsvertrag ergeben, offensiv nutzen.

- Der Verbandsdirektor -